

Arzneimittelforschung in Deutschland: Regierung wirft den Turbo an

Studien zur Entwicklung neuer Arzneien sollen binnen Monatsfrist geprüft und genehmigt werden können. Der Schlüssel liegt bei den Ethikkommissionen.

Berlin. Die Bundesregierung will den Forschungsstandort Deutschland aufwerten. Derzeit sei Deutschland als Studienstandort „unglaublich unattraktiv“, sagte Gesundheitsminister Professor Karl Lauterbach am Mittwoch in Berlin. Ändern soll sich dies durch die Vereinfachung, Entbürokratisierung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Dafür hat das Kabinett am Mittwoch den Regierungsentwurf des Medizinforschungsgesetzes in den Bundestag durchgewunken. Eine Studie erfordere in Bund und Ländern aktuell mehr als 60 Einzelprüfungen, die nacheinander liefen und nicht koordiniert seien, berichtete der Minister. „Das dauert unendlich lange“, klagte der Minister.

Lauterbach: Forschungsstandort stärken

Künftig sollen Anträge auf die Durchführung von bundesweiten Arzneimittelstudien binnen 26 Tagen geprüft und genehmigt werden können, kündigte Lauterbach an. „Dies wird zu mehr Studien in Deutschland führen.“ Besonderes Augenmerk soll auf der Prüfung der ethischen Anforderungen an Studien liegen. Dafür sollen sich die bislang generalistisch arbeitenden Ethikkommissionen der Länder spezialisieren. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die antragstellenden Unternehmen nur noch mit der für ihren Antrag zuständigen Ethikkommission kommunizieren. Zusätzliche Behördengänge soll es im Verfahren nicht mehr geben. Für besonders komplexe oder sehr eilige Verfahren soll zudem eine Spezialisierte Ethik-Kommission eingerichtet werden. Ebenfalls vereinfacht werden sollen die strahlenrechtlichen Prüfungen.

Ziel sind Investitionen im Land

Der weltweite Umsatz der Pharmaindustrie sei in etwa so hoch wie der weltweite Umsatz der Automobilhersteller, sagte Lauterbach. Tatsächlich lag die chemisch-pharmazeutische Industrie im Jahr 2021 bei etwa 220 Milliarden US-Dollar Umsatz, während die Automobilhersteller weltweit mehr als 250 Milliarden US-Dollar umsetzten. Wenn Deutschland in der Pharmaindustrie stärker werde, entstünden auch Arbeitsplätze im Land, sagte Lauterbach. Bereits in Erwartung der Gesetzgebung hätten namhafte Pharmakonzerne Milliardenbeträge in Deutschland investiert.

Quelle: ÄrzteZeitung Newsletter_Veröffentlicht: 27.03.2024